

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1093

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/2970

Beachtung des Bürgerwillens beim Ausbau der Klandorfer Dorfstraße

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landesplanung die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Im Jahr 2014 strebte der damalige Bürgermeister für den 200 Einwohner umfassenden Ortsteil Klandorf der Gemeinde Schorfheide im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin den Abriss der alten 4,20 m breiten Kopfsteinpflasterstraße und den Neubau einer 5,50 m breiten Asphaltstraße an. Dadurch wurde eine mehrjährige Auseinandersetzung zwischen der Einwohnerschaft mit einer Bürgerinitiative auf der einen und dem Bürgermeister mit dem Mehrheitswillen der Gemeindevertretung auf der anderen Seite um den Erhalt bzw. den Neubau der Straße entfacht.

Neubaugegner setzten sich für den Erhalt der Kopfsteinpflasterstraße als prägendes Element der kulturhistorischen Landschaft ein und befürworteten die kostengünstigere Instandsetzung der Straße. Sie weisen darauf hin, dass angesichts des geringen Verkehrsaufkommens kein Neubau erforderlich sei. Denn Klandorf ist ein Sackgassendorf ohne Durchgangsverkehr, und zwei Drittel des Verkehrs sind reiner Anliegerverkehr. Auch mehrere in den letzten Jahren durchgeführte Befragungen der Einwohner durch die Bürgerinitiative, den Ortsbeirat und die Gemeindeverwaltung ergaben, dass die Anlieger mit 66 % bzw. über 90 % mehrheitlich den Erhalt der Straße befürworteten.

Nach einer Mediation zwischen der Gemeinde und den Bewohnern im Ortsteil einigten sich Einwohner und Bürgermeister 2017 auf einen Kompromiss: Die Ertüchtigung der Regenentwässerung der Straße wurde beschlossen. Dieser Kompromiss wurde nun jedoch durch eine am 26.01.2021 vom Bürgermeister vorerst in den Bauausschuss eingebrachte Beschlussvorlage zur Vergabe von Planungsleistungen für einen Quasi-Neubau der Straße aufgekündigt. Ein Hocheinbau und eine Verbreiterung der Straße auf 5,50 m sollen erfolgen. Bereits im Vorfeld wurden Leistungen ausgeschrieben, Fördermittel beantragt und Gelder in Höhe von 1,2 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt, ohne dass eine vorhergehende Diskussion und öffentliche Willensbildung stattfand.

1. Wie steht die Landesregierung dazu, dass der Ortsbeirat zur Entscheidung über die Vergabe von Planungsleistungen zum Aus- und Umbau der Straße, wie in § 46 Abs. 1 BbgKVerf vorgesehen, nicht angehört wurde? Hat dies Auswirkungen auf die formelle Rechtmäßigkeit einer möglichen Beschlussfassung durch den Hauptausschuss?

Zu Frage 1: Die Kommunalaufsicht über die kreisangehörige Gemeinde Schorfheide wird durch den Landrat des Landkreises Barnim geführt (§ 110 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg - BbgKVerf). Aus der Stellungnahme des Landrats ergibt sich,

Eingegangen: 12.03.2021 / Ausgegeben: 17.03.2021

dass der Hauptausschuss am 10. Februar 2021 beschlossen hat, den Auftrag für die Planungsleistungen zum Straßenbau im Ortsteil Klandorf, Dorfstraße zu vergeben. Es ist zutreffend, dass der Ortsbeirat Klandorf entgegen der Regelung des § 46 Abs. 1 Nr. 1 BbgKVerf nicht formal angehört wurde. Eine unterlassene Anhörung stellt grundsätzlich einen wesentlichen Verfahrensverstoß dar. Entscheidungen eines Beschlussorgans der Gemeinde, die ohne vorherige Anhörung der Ortsteilvertretung getroffen wurden, sind nach herrschender Auffassung in aller Regel rechtswidrig. Im konkreten Fall stellt sich die Situation allerdings folgendermaßen dar:

Es hätte eine Anhörung des Ortsbeirats Klandorf zwar formal erfolgen können, der Ortsbeirat wäre jedoch gehindert gewesen, seine Auffassung zu dem Investitionsvorhaben darzulegen, da die Ortsbeiratsmitglieder einem Mitwirkungsverbot unterlegen hätten.

Nach § 22 Abs. 1 BbgKVerf darf der ehrenamtlich Tätige weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung einer Angelegenheit ihm selbst, einem seiner Angehörigen oder einer von ihm kraft Gesetzes oder kraft Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann. Die Vorschriften des § 22 BbgKVerf über das Mitwirkungsverbot gelten gemäß § 46 Abs. 5 i. V. m. § 31 Abs. 2 BbgKVerf auch für die Mitglieder der Ortsteilvertretungen. Es ist daher nicht zu beanstanden, wenn der Landrat des Landkreises Barnim das ihm eingeräumte Ermessen dahingehend ausgeübt hat, den gegenständlichen Beschluss des Hauptausschusses wegen der unterbliebenen Anhörung des Ortsbeirats nicht gemäß § 113 Absatz 1 BbgKVerf zu beanstanden.

2. Laut § 5 S. 7 der „Verordnung über die Festsetzung von Naturschutzgebieten und einem Landschaftsschutzgebiet von zentraler Bedeutung mit der Gesamtbezeichnung, Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin“ sind die historischen Pflasterstraßen und die sie begleitenden Sommerwege zu erhalten und zu unterhalten. Wie steht die Landesregierung dazu, dass die Leitung des Biosphärenreservates bisher nicht angehört wurde?

Zu Frage 2: Gemäß § 10 Abs. 3 Satz 2 BbgStrG sind die betroffenen Behörden rechtzeitig mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung zu beteiligen. Zu den betroffenen Behörden zählt in diesem Fall auch der Landkreis Barnim als untere Naturschutzbehörde sowie die Verwaltung des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin. Die Gemeinde Schorfheide als Straßenbaubehörde hat im vorliegenden Fall darüber hinaus gemäß § 63 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), § 36 Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz (BbgNatSchAG) die anerkannten Naturschutzvereinigungen zu beteiligen.

3. Laut Punkt 4.1.1 der Richtlinie des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung zur Förderung von Investitionen im kommunalen Straßenbau zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden des Landes Brandenburg (Rili KStB Bbg 2020) ist Voraussetzung einer Zuwendung, dass die Maßnahme im Zusammenhang mit einer verkehrswichtigen Straße steht. Wie wird der Begriff bei der Prüfung der Zuwendungsvoraussetzungen angewendet?

Zu Frage 3: Der Begriff der verkehrswichtigen Straße ist in der Anlage der Richtlinie KStB Bbg 2020 definiert. https://bravors.brandenburg.de/verwaltungsvorschriften/rili_kstb_bbg_2020. Inwieweit die Straße die Bedingungen der Förderrichtlinie erfüllt, entscheidet die Bewilligungsbehörde, der Landesbetrieb Straßenwesen, anhand der vorhandenen Informationen und Angaben des Antragstellers.

4. Ein von der Gemeinde beauftragtes Gutachten hat ergeben, dass die vollständige Sanierung der alten Dorfstraße ca. 150.000 Euro kosten würde, wohingegen die zum Beschluss stehende Hocheinbauvariante mit ca. 850.000 Euro deutlich teurer wäre. Wie finden die ebenfalls unter Punkt 4.1.1 der Rili KStB Bbg 2020 genannten Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit konkret bei der Prüfung der Förderwürdigkeit Beachtung?

Zu Frage 4: Die Entscheidung über Straßenbaumaßnahmen und deren Umfang liegt allein bei der Gemeinde als zuständigem Straßenbaulastträger. Bei der Umsetzung der Straßenbaumaßnahmen gelten für alle öffentlichen Verwaltungen, also auch den Gemeinden, die gleichen Grundsätze, so dass auch Gemeinden bei ihrer Planung bereits die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten haben. Dabei ist auch die durch das Vorhaben zu erzielende Verbesserung der Verkehrsverhältnisse für alle Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen. Von der Bewilligungsbehörde werden die Anträge geprüft. Sofern bestimmte Bauweisen gemäß Richtlinie nicht zuwendungsfähig sind, werden diese von den förderfähigen Kosten abgezogen.

5. Erachtet die Landesregierung die Dorfstraße in Klandorf aufgrund ihrer Ortspezifität und historischen Bedeutung als erhaltenswert?

Zu Frage 5: Durch das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM) wurde vor einigen Jahren der Denkmalwert der Dorfstraße von Klandorf bei Chorin geprüft. Die Prüfung hat ergeben, dass die Straße grundsätzlich erhaltenswert ist, sie erfüllt aber keine Eigenschaften eines Denkmals und unterliegt damit nicht dem denkmalschutzrechtlichen Schutz.